

## Fakten und Argumente



Die Parteivor-  
sitzende auf der  
Regionalkonferenz  
am 19. November  
in Recklinghausen

Foto: dpa

ANGELA MERKEL:

### Schröder hat sich international **blamiert**

Angela Merkel hat am 19. November Präsidium und Bundesvorstand den Hamburger Finanzsenator Wolfgang Peiner als neuen Bundesschatzmeister vorgeschlagen.

Der frühere Vorstandsvorsitzende der Gothaer Ver-

sicherungen soll auf dem Dresdner Parteitag als Nachfolger des Bankiers Ulrich Cartellieri gewählt werden. Darüber hinaus sei intensiv über die außen- und innenpolitische Lage beraten worden, erklärte die Parteivorsitzende. Fortsetzung Seite 2

#### INHALT

##### OFFENER BRIEF

Laurenz Meyer an die Delegierten des SPD-Parteitags in Nürnberg: Sie wollten vieles besser machen. Wann fangen Sie endlich damit an?

SEITE 4

##### DOKUMENTATION

Faire Politik für Familien.  
Eckpunkte einer neuen Politik für Familien, Eltern und Kinder

INNENTEIL

■ Angela Merkel auf dem Arbeitgebtag: Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschwäche hausgemacht (Seite 6) ■ Regionalkonferenzen in Recklinghausen, Kremen, Kiel und Mainz: Die Partei trägt die inhaltliche Erneuerung mit (Seite 7-9) ■ Wolfgang Böhmer: Wir wollen den Menschen in Sachsen-Anhalt wieder eine Chance geben. Bericht vom 11. Landesparteitag (Seite 10-12) ■ Mehr Sicherheit für den Bürger durch konsequenten Strafvollzug in Hessen. Aus einer Regierungserklärung von Justizminister Christean Wagner (Seite 14-15) ■ Ministerpräsident Erwin Teufel: Wir gewinnen Wahlen. Aus der Rede auf dem 44. Landesparteitag (Seite 15) ■ Das Heimatrecht der Vertriebenen nicht beschädigen. Bundesdelegierten-tagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (Seite 16-18) ■ Maria Böhmer: Neue Weichenstellung für Frauen in der Wirtschaft (Seite 19)

## In der **Sachfrage** ohne eigene Mehrheit

*Fortsetzung von Seite 1*

Der Ausgang der Abstimmung über die Vertrauensfrage habe gezeigt, dass der Kanzler in der Sachfrage der Entsendung deutscher Soldaten außerhalb des Bündnisgebietes ohne eigene Mehrheit dastehe.

### Erklärungen mit erheblichen Bedenken

Insgesamt 51 SPD-Abgeordnete und 22 Grüne hatten zwar die Vertrauensfrage positiv beantwortet, jedoch mit Blick auf die Sachentscheidung in mündlichen und schriftlichen Erklärungen z. T. erhebliche Bedenken gegen den Einsatz deutscher Soldaten formuliert. Die Begründungen offenbaren das „eigentliche Dilemma Schröders“, sagte die Parteivorsitzende. Seine „eigene Truppe“ sei ihm in dieser wichtigen Frage nicht gefolgt. Der Kanzler sei „international blamiert“: Zwar

habe er Deutschlands neue Rolle in der Welt definiert, er könne sie jedoch nicht ausfüllen.

### Blamabler Tag

Deshalb werde die Union in Zukunft ihre außenpolitische Verantwortung noch deutlicher als bisher wahrnehmen und beweisen, dass es in der Bundesrepublik immer noch Kräfte gebe, „die Verlässlichkeit ausstrahlen, die berechenbar sind und die nicht mit falschen Versprechungen hausieren gehen“. Aus „staatspolitischer Sicht“ sei der Freitag ein „außerordentlich blamabler Tag für unser Land“, bekräftigte Angela Merkel. Mit der Vertrauensfrage habe Schröder seine „letzte Karte“ gespielt.

Am Freitag habe sich zudem gezeigt, dass sich der Kanzler vor dem regulären Wahltermin, dem 22. September 2002, fürchte. Denn die arbeitsmarkt- und wirt-

IMPRESSUM

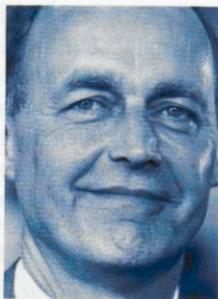
**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

LAURENZ MEYER:

## Das war wohl nichts – Schröder unter Druck

**Zur Parteitagsrede des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder am 19. November in Nürnberg erklärte der Generalsekretär:**



Die Reaktion der Delegierten

auf die müde anderthalbstündige Rede des Bundeskanzlers und SPD-Parteivorsitzende hat gezeigt, dass Schröder mit seiner eigenen Partei genauso viele Schwierigkeiten hat wie mit den Grünen. Angesichts der Spaltung der Regierungskoalition und der Zerrissenheit seiner eigenen Partei geriet die Regierungsbilanz zur Rechtfertigung einer misratenen Politik. Betriebsverfassungsgesetz, Scheinselbständigkeit, Steuerreform und Homo-Ehe – mehr hat die Regierung nicht vorzuweisen.

### SPD auf Rot-Grün getrimmt

Sein politisches Prinzip der ruhigen Hand hat er

nahtlos auf seine müde Rede übertragen. Es ist auch deutlich geworden: Die SPD ist auf Rot-Grün getrimmt – alles andere ist reines Schattenboxen.

### Gefolgschaften nur aus Disziplin

Gerade in der letzten Woche hat Schröder durch übermäßiges Taktieren sich selbst ausgetrickst und das Ansehen Deutschlands in der Welt empfindlich beschädigt. Er führt eine Regierung ohne Mehrheit und eine Partei, die ihm nur aus Disziplin die Gefolgschaft nicht verweigert.

Der zäh anlaufende Applaus für seine Parteitagsrede ist eine unterschwellige Mahnung der SPD-Delegierten. Wer sich zu viel geleistet hat, kann sich nicht mehr viel leisten, das ist die Stimmung mit der die Sozialdemokraten ihrem Kanzler entgegentreten.

*Brief an SPD-Delegierte: Seite 4*

schaftspolitische Bilanz von Rot-Grün sei „ernüchternd“. Inzwischen habe Schröder zugeben müssen, dass er das von ihm selbst anvisierte Arbeitsmarktziel verfehlen wird. Den Terroranschlägen vom 11. September könne er diese Entwicklung nicht anlasten. Vielmehr hätten bereits die im Sommer veröffentlichten Wirtschaftsdaten einen Einbruch des Wachstums angekündigt.

### Fehler hausgemacht

Auf Grund „hausgemachter“ Fehler und Versäumnisse sei Deutschland jetzt einsames Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa. Da dieser Abwärtstrend nicht hingenommen werden könne, werde die CDU einen Schwerpunkt in der politischen Auseinandersetzung auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik legen. In diesen Bereichen seien mit dem Antrag an den Dresdner Parteitag „Freie Menschen. Starkes Land“ und mit dem Diskussionspapier zur neuen Sozialen Marktwirtschaft bereits grundlegende Alternativkonzepte erarbeitet worden.

Angela Merkel: „Die CDU ist für die politische Auseinandersetzung gut gerüstet.“

**UD**

# Sie wollten vieles **besser** machen. Wann fangen Sie endlich damit an?

## Sehr geehrte Damen und Herren,

der Auftrag zur politischen Gestaltung geht von den Wählerinnen und Wählern aus. Politik ist Arbeiten für die Menschen in unserem Land. Mit seiner Haltung „Erst die eigene Person, dann die Partei, dann das Land“ hat Bundeskanzler Schröder eine sichere Mehrheit im Deutschen Bundestag für den Bundeswehr-Einsatz verspielt. Statt Politik für die Menschen in Deutschland zu gestalten, musste die rot-grüne Bundesregierung ihre ganze Kraft darauf verwenden, die Koalition zusammenzuhalten.

## Sie dürfen der Verantwortung nicht aus dem Weg gehen

Der SPD-Parteitag muss die Frage beantworten, ob eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition gewollt ist. Der SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder wird versuchen, eine Abstimmung über den Fortbestand der rot-grü-

nen Koalition zu vermeiden. Die Frage dem Parteitag der Grünen zu überlassen, heißt der Verantwortung aus dem Weg zu gehen. Werden Sie sich das gefallen lassen?

Im Winter steigt die Zahl der Arbeitslosen auf deutlich über 4 Millionen an. Immer mehr Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz. Vom selbst gesteckten Ziel, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen zu senken, ist die Bundesregierung weiter entfernt denn je. Wo bleibt das Auflehnen der SPD gegen diesen Zustand? Wo sind die innovativen Ideen der SPD, die den Arbeitsmarkt beleben?

Die regelmäßigen Meldungen der Unternehmen über den Abbau von Arbeitsplätzen können auch den Sozialdemokraten nicht gleichgültig sein. Vor den letzten Bundestagswahlen hat die SPD versprochen, den Jobmotor Mittelstand zu entlasten. Mit neuen bürokratischen Hürden hat Rot-Grün die mittelständischen Betriebe stattdessen zusätzlich belastet. Wann löst die Bundesregierung ihr Versprechen von 1998 endlich ein?

Die Menschen werden in Zeiten drohender Rezession und bei steigenden Lohnnebenkosten mit weiteren Steuererhöhungen der Schwefel-, Öko-, Tabak- und Versicherungssteuer belastet. Wo bleibt die versprochene Entlastung der Bürger, insbesondere der Familien?

## Den Menschen Antworten geben

Vollmundig haben die Sozialdemokraten vor zwei Jahren angekündigt: „Nicht alles anders, aber vieles besser zu machen“. Wann fangen Sie endlich damit an? Eine Partei, die Regierungsverantwortung ausfüllen will, muss den Menschen Antworten auf die dringenden Probleme geben. Der Parteitag bietet dazu die Möglichkeit. Nutzen Sie diese Chance.

## Mit freundlichen Grüßen Laurenz Meyer

<http://>

P.S. Antworten auf die  
Sachfragen finden Sie  
unter: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

„RAPID RESPONSE“

# CDU als erste Partei mit neuem Wahlkampfinstrument

Die CDU hat am 19. November als erste Partei in Deutschland, begleitend zur Rede des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder auf dem SPD-Bundesparteitag in Nürnberg, das Wahlkampfinstrument der „Rapid Response“ (Schnelle Antwort) eingesetzt.

„Rapid Response“ wird in den Wahlkämpfen angelsächsischer Länder, vor allem in den USA, eingesetzt und bezeichnet die sofortige Reaktion auf wahlkampfrelevante Äußerungen des politischen Gegners.

Die CDU hat zu diesem Zweck die Internet-Domain [www.wahlfakten.de](http://www.wahlfakten.de) eingerichtet. Kurz nach Abschluss des Auftritts von Gerhard Schröder wurden dort die wichtigsten Widerlegungsfakten, gegliedert nach den Originalzitaten der Rede, veröffentlicht.

Die CDU unterstreicht mit „Rapid Response“ frühzeitig ihre Kampagnenfähigkeit mit Blick auf den Bundestagswahlkampf 2002. Die Wahlkampfzentrale „Arena 02“ wurde bereits am 4. Oktober eröffnet

– noch vor der Einrichtung der SPD-Kampa. Auch das Internet-Angebot der CDU ([www.cdu.de](http://www.cdu.de)) liegt in allen aktuellen Bewertungen – sogar in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung – vorn.

SO URTEILEN DIE  
PRESSEAGENTUREN:

dpa, 19. November

## CDU läutet Wahlkampf ein: Schröder-Rede per Internet „entlarvt“

Mit neuen Wahlkampfinstrumenten „Made in USA“ will die CDU der SPD mit Blick auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr den Schneid abkaufen. Mit „Rapid Response“ (Schnelle Antwort) begann am Montag der erste Testlauf. Dabei sollten sechs bis acht Mitarbeiter der CDU-Wahlkampfzentrale „Arena 02“ im Adenauer-Haus in Berlin die Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder beim SPD-Parteitag in Nürnberg in seine Einzelteile zerlegen und Contra geben. Einzelne Sätze legten sie auf die

Goldwaage und suchten mit hochrotem Kopf nach einer passenden Replik. Rund eine halbe Stunde nach Ende von Schröders Rede war es so weit: Die Gegenargumente standen auf der extra eingerichteten Internet-Seite <http://www.wahlfakten.de>.

Und das sah dann folgendermaßen aus: **Gerhard Schröder:** „Wir fanden vor: eine Massenarbeitslosigkeit im Winter von an die 5 Millionen Menschen.“ **Fakt:** „Arbeitslosigkeit Oktober 1998 3,892 Mio mit seit Jahresbeginn ständig sinkender Tendenz.“ Für die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung verweisen die Wahlkämpfer auf eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

AFP, 19. November

## CDU setzt gegen Schröder „schnelle Eingreiftruppe“ ein

Zum SPD-Parteitag in Nürnberg hat die CDU gegen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) eine „schnelle Eingreiftruppe“

der besonderen Art mobilisiert: Zug um Zug wurden seine Argumente am Montag auf einer speziell eingerichteten Website (www.wahlfakten.de) konterkariert – eine knappe Stunde, nachdem der Kanzler-Auftritt beendet war. Mit Hilfe von Zitaten aus Sachverständigenberichten, wissenschaftlichen Studien und Ministeriumsmitteilungen versuchten die Christdemokraten, Schröders Reformstolz den Boden zu entziehen. Zu Auszügen der Rede stellten sie „Fakten“ genannte Gegenargumente, samt Quellenangaben per Internet-Link.

ADN, 19. November

### „Rapid Response: CDU will politische Gegner mit schnellen Antworten im Internet auskontern

Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am Montag einen virtuellen Gegenredner. Rund eine halbe Stunde war es gerade her, dass der Kanzler seine Rede beendet hatte, da legte die CDU im Internet schon Einspruch ein. Die neue Schlagfertigkeit heißt „Rapid Response“, die Adresse lautet: www.wahlfakten.de. Mit

## Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschwäche hausgemacht

„Vier Millionen Arbeitslose sind für mich kein Naturgesetz.“ Auf dem Arbeitgebertag 2001 in Berlin erklärte die Parteivorsitzende:

Das gilt auch für die Tatsache, dass Deutschland noch hinter Irland, Spanien, Portugal und Griechenland beim Wirtschaftswachstum das Schlusslicht in Europa bildet.

### ■ Umfassend deregulieren

Um hier gegenzusteuern, wird die Union den Arbeitsmarkt nach ihrem Wahlsieg 2002 umfassend deregulieren sowie im Bereich der Wirtschaftspolitik einen „verlässlichen, berechenbaren und überschaubaren Ordnungsrahmen“

schnellen Antworten im Netz will die CDU im Bundestagswahlkampf 2002 glänzen. Nürnberg war ein erster Testlauf.

Kostprobe: **Gerhard Schröder:** „Allein zu Beginn dieses Jahres sind 45 Milliarden Mark zurückgegeben worden an die Men-

schenken. Die aktuellen Schwierigkeiten sind „hausgemacht“.

### ■ Wettbewerb und Leistung

Um Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder flott zu machen, müssten die Grundelemente der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards, also Freiheit, Wettbewerb und sozialer Ausgleich, an die veränderten Bedingungen im Zeitalter der Globalisierung angepasst werden. Zu diesem Zweck hat die CDU das Konzept der neuen Sozialen Marktwirtschaft entwickelt, das sich im Wesentlichen auf „zwei Leitlinien“ stützt: den Wettbewerbs-Gedanken und das Leistungsprinzip.

„Die CDU kontert: „Belastungen gegenrechnen: Dagegen stehen: Belastungen durch Ökosteuern i.H.v. 33,5 Mrd. DM (bis 2003) und Anhebung der Tabaksteuer (6,5 Mrd. DM: 140 Mrd. Zigaretten x 4 Pf. + 0,9 Mrd. MwSt.) und Versicherungssteuer (1 Mrd. DM).“

RECKLINGHAUSEN, KREMMEN, KIEL UND MAINZ

## Die Partei trägt die inhaltliche **Erneuerung**

„Von hier aus ist schon einmal ein wichtiges Signal ausgegangen, als sich die nordrhein-westfälische CDU mit riesigem Beifall dafür einsetzte, dass Angela Merkel die CDU führen soll.“

Mit diesen Worten bereitete Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers den Auftritt der Parteivorsitzenden auf der vorletzten von insgesamt zehn Regionalkonferenzen vor und lässt dabei nicht die Gelegenheit aus, die rot-grüne Bundesregierung in Berlin zu kritisieren, indem er feststellt: „Wofür wir 16 Jahre gebraucht haben, das haben SPD und Grüne in nur drei Jahren geschafft.“

Mehr als 1000 Mitglieder, Freunde und Gäste waren in die Festspielhalle in Recklinghausen gekommen und erleben eine kämpferische Vorsitzende: Schröder hat auf dem Parteitag in Nürnberg „keine Rede, sondern eine Ausrede“ gehalten, sagt sie, „und begonnen, sich von der Aufgabe zu verabschieden, die Zukunft zu gestalten.“

Die Union dagegen habe aus den Fehlern der Vergan-



Foto: dpa

genheit gelernt. Sie ist wieder da und erneuert sich mit einem beispiellosen Arbeitspensum zu der Partei der Mitte, die bereits seit 1999 wieder Wahlen gewinnt und 2002 die Bundestagswahl gewinnen will.

Programmdebatte heißt das Stichwort. Es steht auf allen Regionalkonferenzen im Vordergrund und trägt mit vielen Stimmen die Argumente aus dem Leitantrag des Bundesvorstands an den 14. Parteitag nach Dresden.

Ausdrücklich hebt Angela Merkel die Beiträge des nordrhein-westfälischen Landesverbands hervor, z.B. dessen Vorschlag, Lohnnebenkosten bei gering qualifizierten Beschäf-

tigten zu übernehmen. Schröders Arbeitsmarktpolitik habe endgültig versagt. „Er hat versprochen,“ erinnert sie ihre Zuhörer, „wenn er die Absenkung auf 3,5 Millionen nicht schafft, nicht wert zu sein, wieder gewählt zu werden.“ „Recht hat er“, fügt sie hinzu.

### **Kremmen: Siegesgewissheit stellt sich fast mühelos ein**

„Was man im Sport ein Heimspiel nennt“ hat die FAZ Angela Merkels Auftritt im brandenburgischen Kremmen genannt: stehender Applaus der Parteimitglieder, die unter dem frischen Eindruck der für Rot-

Grün blamablen Vertrauensabstimmung im Bundestag zur achten Regionalkonferenz gekommen waren.

Kein Wunder, dass sich Siegesgewissheit fast mühelos einstellt und in den Worten der Parteivorsitzenden ihren treffenden Ausdruck findet: „Ein Bundeskanzler, der sich seiner eigenen Mehrheit nicht mehr sicher ist, darf nicht Bundeskanzler sein.“

Angela Merkel: „Seit Freitag wissen wir, der Mann fürchtet die Wahl am 22. September im nächsten Jahr.“ Mit gutem Grund: Denn die Wähler in Deutschland haben die Lust entdeckt, Regierungen zu wählen, aber auch wieder abzuwählen, wenn sie etwas Neues haben wollen.“

Ein neuer Kurs ist aber überfällig, wenn man auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsentwicklung

schaut. Schon im Sommer hat die rapide Abwärtsbewegung angefangen und den Bürgerinnen und Bürgern die Kompetenz-Defizite von Rot-Grün drastisch vor Augen geführt.

Jörg Schönbohm, Landesvorsitzender der brandenburgischen CDU: „In dieser entscheidenden Frage liegt der Ball auf dem Elfmeterpunkt. Wir werden ihn verwandeln.“

### Laurenz Meyer: SPD-Beteiligung muss ausgewiesen sein

Zum Wahlkampfthema soll nach Meinung von Laurenz Meyer auch die SPD-Beteiligung an zahlreichen Zeitungen gemacht werden: „Wenn auf der Wurst drauf steht, was drin ist, dann sollte das auch für Zeitungen mit SPD-Beteiligung gel-

ten.“ Dem Generalsekretär geht es darum: Wenn sich politische Meinungen schon nicht in jedem Fall objektivieren lassen, dann sollte es wenigstens die objektive Information darüber geben, wer sie in wessen Interesse vertritt.

### Kiel: Startklar und zum **Aufbruch** bereit

Dort, wo in Kiel täglich die Fähren Richtung Oslo ablegen, im Terminal der Color-Line am Norwegenkai, trafen sich die Nord-CDU und die Hamburger Parteifreunde zu ihrer gemeinsamen Regionalkonferenz. Für den gastgebenden Landesvorsitzenden, Johann Wadephul, konnte der Treffpunkt symbolträchtiger nicht gewählt sein. Wie sich die riesigen Schiffe

## ERFOLGREICHE WAHLEN VON 1999 BIS 2001

- 7. Februar 1999: Landtagswahlen in Hessen: CDU und FDP lösen Rot-Grün ab. CDU stellt Ministerpräsident Roland Koch
- 13. Juni 1999: Europawahl: CDU und CSU werden stärkste deutsche Partei im Europaparlament
- 5. September 1999: Landtagswahl im Saarland: CDU löst Rot-Grün ab und gewinnt die absolute Mehrheit. CDU stellt Ministerpräsident Peter Müller
- 12. September 1999: Landtagswahl in Thüringen: CDU gewinnt die absolute Mehrheit. Ministerpräsident Bernhard Vogel bleibt im Amt
- 19. September 1999: Landtagswahl in Sachsen: CDU behauptet die absolute Mehrheit. Ministerpräsident Kurt Biedenkopf bleibt im Amt
- 25. März 2001: Landtagswahl in Baden-Württemberg: CDU legt weiter zu und stellt wieder mit der FDP die Regierung. Ministerpräsident Erwin Teufel bleibt im Amt
- 23. September 2001: Landtagswahl in Hamburg: Bürgerliches Lager löst Rot-Grün ab. CDU-Spitzenkandidat Ole von Beust wird Erster Bürgermeister.



Foto: dpa

vom Norwegenkai in Bewegung setzen, erst langsam dann immer gewaltiger Fahrt aufnehmen und dabei das Ziel schon fest im Auge haben, so steht auch die CDU am Start. „Unser Ziel ist ganz klar: Wir wollen im nächsten Jahr wieder Regierungsverantwortung übernehmen! Wir sind zum Aufbruch bereit.“

Die 450 Teilnehmer und zahlreiche Medienvertreter waren auch gekommen, um aktuelle Einschätzungen zum Ausgang der Berliner Vertrauensabstimmung zu erhalten. Wadeputh hatte fest damit gerechnet, dass die Grünen auf ihren Stühlen kleben würden. Dennoch war für ihn klar: „Das Bordorchester auf der rot-grünen Titanic hat schon zu spielen begonnen.“ Die CDU dagegen sende von Kiel das Signal aus: „Wir sind bereit, den Dampfer Deutschland wieder flott zu machen“.

Großen Beifall erhielten

für ihre Reden Angela Merkel und Generalsekretär Laurenz Meyer. Angela Merkel, die bereits im Sommer einen ganzen Tag im Rahmen ihrer Sommertour in Schleswig-Holstein verbracht hatte, traf den Nerv ihrer Zuhörer besonders mit einer Spitze gegen die Kieler Regierungschefin: „Wenn Sie natürlich eine Ministerpräsidentin haben, die es nicht einmal schafft, um Lübeck herum eine Autobahn zu bauen, und sich nur um Sümpfe kümmert, dann kommen wir nicht voran.“

## Mainz: Die Menschen erwarten Antworten

Über 550 Mitglieder der CDU Rheinland-Pfalz und des CDU-Landesverbands Saarkamen am 9. November in den Eltzer Hof nach Mainz, um mit Angela Merkel, Christoph Böhr und Laurenz Meyer über die po-

litischen Ziele der CDU zu diskutieren.

Seit der verlorenen Bundestagswahl 1998 hat die CDU u.a. auf den Gebieten Zuwanderung, Familie und Bildung neue Lösungen erarbeitet und sich damit für die anstehenden Aufgaben positioniert.

Die Menschen erwarten von der CDU Antworten auf die drängenden Fragen. Alterssicherung, Arbeitsplätze und Sicherheit stehen dabei im Vordergrund. Angela Merkel unterstrich mit ihrer kämpferischen Rede ihre Entschlossenheit, die CDU zur stärksten Partei in Deutschland zu machen.

Der Leit Antrag zum 14. Parteitag in Dresden stand im Mittelpunkt des Vortrags der Parteivorsitzenden. Dieser Antrag enthält die zentrale Forderungen der CDU zu allen wichtigen Politikfeldern.

Eins dieser Themen ist das neu einzuführende Familiengeld. Danach sollen Familien für jedes Kind unter 3 Jahren 600 Euro monatlich erhalten, für Kinder im Alter zwischen 3 bis 17 Jahren 300 Euro monatlich und 150 Euro für jedes Kind über 17 Jahren bis zum Ende der Erstausbildung. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wesentlich verbessert.

# Wolfgang Böhmer: Wir wollen den Menschen wieder eine **Chance** geben

■ Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern sagen, was wir tun wollen, damit aus Sachsen-Anhalt wieder das lebenswerte Land wird, das es war, bevor SPD und PDS aus ihm die „rote Schlußlaterne“ gemacht haben.

■ Wir müssen das Vertrauen zurückgewinnen, das wir bei den Wählerinnen und Wählern einmal gehabt haben, und wie einen Augapfel hüten.

■ Wir haben nicht mehr viel Zeit. Noch eine Legislaturperiode zunehmender Verschuldung, und das Blatt ließe sich kaum mehr wenden; das Ende politischer Gestaltungsmöglichkeiten wäre dann erreicht.

Drei lapidare Sätze, mit denen Wolfgang Böhmer, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt, klar macht, was es heißt, wenn er zum 11. Landesparteitag die Parole ausgibt: „Jetzt umsteuern!“

Fünf Monate vor der Landtagswahl am 21. April kommen mehr als 300 Delegierten zu einem Arbeits- und Programmparteitag in



Foto: Viktoria Kühne

den Motopark Oschersleben, um den Leitantrag des Landesvorstands als Wahlprogramm zu verabschieden.

Überschrift dieses Antrags vom August und gleichzeitig Motto des Parteitags „Den Menschen in Sachsen-Anhalt wieder eine Chance geben“.

Wolfgang Böhmer: „Rot-Rot hat seine Chance gehabt, zu Beginn der Wahlperiode ein Land auf dem Weg stetigen Wachstums übernommen – mit fleißigen und qualifizierten Menschen –, und nichts daraus gemacht.“

Sinkende Steuereinnahmen, niedrigste Investitionsquote, höchste Bevölkerungsverluste durch Abwanderung: Dafür könne man nicht, wie Ministerpräsident Höppner es immer

noch versucht, DDR-Erblast und alte Monopolstrukturen verantwortlich machen.

Böhmer unter großem Beifall: „Sachsen-Anhalt auf dem letzten Platz – das ist das Ergebnis völlig verfehlter Landespolitik.“

„Politik für die Menschen in diesem Land“ – der Parteivorsitzende nimmt das Wort aus dem Grußwort des DGB-Vertreters Weißbach auf – „das bedeutet: Arbeitsplätze schaffen. Und Arbeitsplätze entstehen nicht im Zusammenwirken mit Arbeitsamtsdirektoren, sondern durch Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Unternehmen.“

Arbeitgeber sind es auch, so Böhmer, die auf das Versagen von Rot-Rot in der

## Einstimmig für **Standort** Ammendorf

**Nur ein Beispiel von vielen – aber ein besonders schlimmes – für die verfehlte Standortpolitik der Regierung Höppner ist die Absicht des kanadischen Konzerns Bombardier, den Waggonbaustandort Ammendorf zu schließen.**

Durch diese Zerschlagung industrieller „Wertschöpfungskapazitäten“ befürchtet die CDU in einem Initiativantrag an den Landesparteitag einen „dauerhaften Arbeits- und Ausbildungsplatzverlust“ für Sachsen-Anhalt und fordert den Bundeskanzler

dringend auf, die Schließung zu verhindern: „Mit der Preisgabe von Ammendorf würde ein Stück Aufbau Ost vernichtet.“

Wie wenig die „Tolerierungspartner SPD und PDS den Ernst der Lage begriffen haben, erläutert den Delegierten eindrucksvoll der frühere Ostbeauftragte der Bundesregierung, Johannes Ludewig.

Sowohl bei einer Demonstration der Arbeitnehmer des bedrohten Unternehmens in Halle als auch in einer Betriebsversammlung in Ammendorf hat ihm die Landesregierung

keine Sprechverbot erteilt und damit deutlich zu verstehen gegeben, dass für sie zuerst das Parteibuch und nicht das Wohl der Bürger zählt.

Johannes Ludewig: „Wir werden trotzdem unsere Verantwortung wahrnehmen, habe ich den Leuten gesagt, und auch künftig auftauchen, wo die Probleme sind.“ Kein Wunder, wenn inzwischen die SPD aus einer von ihr selber in Auftrag gegebenen Umfrage erfahren muss, dass sie die Kompetenz in Sachen Wirtschaft und Standorte an die CDU verloren hat.

Bildungspolitik aufmerksam machen. Denn in den Berufsschulen, beklagen sie, muss immer mehr nachgeholt werden, was längst in den Schulen hätte beigebracht sein müssen.

„Vertreter der Lehrverbände kommen zu uns und fragen, was wir machen wollen, um diesen desolaten Zustand zu beenden.“ Dabei weisen sie darauf, dass sich das Land bei ihnen immer mehr verschuldet – mit 600 Millionen Mark inzwischen,

indem es nicht vergütete Vorausleistungen verlangt.

Die Antwort der CDU: die Gesamtschulzeit von 12 Jahren bis zum Abitur wieder einführen und – generell – Eintreten für das gegliederte Schulwesen mit Grundschule, Sekundarschule, Gymnasium und Sonderschule sowie einem differenzierten Angebot an berufsbildenden Schulen.

„Offensiv“ besetzt die CDU als „Kernthema“ die innere Sicherheit. Sowohl

Wolfgang Böhmer bei der Einbringung des Leitetrags als auch die Redner zu Zusatzanträgen zum Wahlprogramm machen deutlich: „Wir überlassen dieses Thema niemandem sonst.“ – „Wir brauchen keinen Schill.“ – Und: „Wir setzen unsere Hoffnung nicht auf andere, sondern vertrauen auf unsere eigene Kraft.“

Wichtigstes Ziel: das Sicherheitsgefühl der Menschen wieder stärken durch Verstärkung der sichtbaren

Präsenz der Polizei – flankiert von sog. „mobilen Krisenhelfern“, für die sich die Frauen-Union stark macht.

Gegen die „Verideologisierung“ des Strafrechts spricht Holger Stahlknecht, ein Staatsanwalt unter den Delegierten, führt die Zunahme der Kriminalität darauf zurück und fordert unter großem Beifall: „Der Täter-schutz darf nicht zu erneutem Unrecht an den Opfern werden.“

Der 21. April im nächsten Jahr – fasst Böhmer zusammen – stellt die Wählerinnen und Wähler Sachsen-Anhalts „vor eine Richtungsentscheidung: entweder Fortsetzung von Rot-Rot oder Regierungswechsel mit der CDU ohne die PDS.“ Zwischen diesen beiden Parteien – CDU und PDS – findet die Entscheidung statt – eine Aussage, die – heute bereits – auch koalitionspolitische Klarheit schafft.

## Kampf um jede Stimme

Am Schluss: Aufruf zur Geschlossenheit. Nachdem das Wahlprogramm einstimmig angenommen ist, wird die Partei „ab sofort“ und „Tag für Tag um jede Stimme kämpfen“ und den Bürgerinnen und Bürgern überzeugend vor Augen

## Rot-Grün ist gescheitert

**Zu den vorliegenden Konjunkturzahlen des Statistischen Bundesamtes und der EU-Kommission sowie der neuen Mind-Studie erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die Ursache für die schlechte Wirtschaftslage ist und bleibt hausgemacht. Daran ändert auch die gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung Schröders nichts, dass die Weltwirtschaft dafür verantwortlich sei.

Die Daten belegen, dass die Gefahr einer Rezession nicht mehr weggeredet werden kann. Deutschland ist bei allen Prognosen Schlusslicht im internationalen Vergleich. Das Bruttoinlandsprodukt hat im dritten Quartal mit einer Zunahme von real nur 0,3 % gegenüber dem Vorjahr das geringste Wachstum seit 1997 verzeichnet, so das Statistische Bundesamt.

führen, dass die CDU ganz dicht an den Problemen des Landes Sachsen-Anhalt ist, die Kompetenz zur Lösung dieser Probleme hat und

Seit ihrem Amtsantritt hat die rot-grüne Koalition den Mittelstand – den Wirtschaftsmotor Nr. 1 – durch zusätzliche Bürokratisierung und Regulierung des Arbeitsmarktes an die Wand gedrückt. Zuletzt wurde den Betrieben durch die Vergrößerung der Betriebsräte mehr Freistellungen und durch die Ausweitung der Mitbestimmung mehr Kosten und Bürokratie aufgebürdet.

Trotz der fast 4 Millionen Arbeitslosen, die für die nächsten Monate prognostiziert werden, sucht der Mittelstand über 900.000 Mitarbeiter. Diese Stellen könnten besetzt werden, wenn Rot-Grün den Arbeitsmarkt nicht bis zur völligen Bewegungslosigkeit festzementiert hätte. Anstelle einer Qualifizierungsoffensive wurde mit der Green-Card-Initiative lediglich an den Symptomen herumgedoktert.

dass „Hilfe nicht ausgerechnet von denen zu erwarten ist, die ihre eigene Hilflosigkeit immer wieder aufs Neue

**NUR NOCH** um 0,7 % wird nach der Herbstprognose der EU-Kommission in diesem Jahr das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland wachsen. Für das kommende Jahr werden ebenfalls nur 0,7 % prognostiziert. Die EU-Kommission liegt damit sogar noch leicht unter den Erwartungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die ihre Prognose einen Tag zuvor abgegeben hat. Auch nach den neuesten Daten des Statistischen Bundesamts steht die deutsche Wirtschaft „am Rand einer Rezession“: im dritten Quartal dieses Jahres nur noch 0,3 % Wachstum.

**SCHLECHT** für die Grünen war, wie eine Forsa-Umfrage im Auftrag der „Financial Times Deutschland“ zeigt, das politische Gezerre um die Vertrauensabstimmung am 16. November und um das damit verbundene Bundeswehrmandat. Mittlerweile glauben 52 % der Deutschen, dass diese Partei nach der kommenden Bundestagswahl nicht mehr dem Parlament angehören wird.

**VERZICHT** aufs Weihnachtsgeld, wenn dafür der Arbeitsplatz gesichert bleibt – dazu wäre nach einer Umfrage, die „Focus“ veröffent-

licht hat, die Mehrheit der Berufstätigen in Deutschland bereit: insgesamt 59 %. Nur 23 % lehnen einen solchen Vorschlag ab

**IM TREND** liegt nach einer Manager-Umfrage die betriebliche Altersversorgung: inzwischen bei 58 Prozent der Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten. Als am besten geeignete Vorsorgeform werden Direktversicherungen angesehen (49 %). Mit großem Abstand folgen Pensionsfonds (23 %), Pensionskassen (16) und Unterstützungskassen (13).

**DER NEGATIVTREND** bei den Insolvenzen ist auch durch die Julizahlen des Statistischen Bundesamts bestätigt worden: 4.200 Fälle von Zahlungsunfähigkeit, darunter 2.800 von Unternehmen einschließlich Kleingewerbe. Das ist insgesamt eine Steigerung um 15 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

**WEIT ENTFERNT** von einem Gründerboom ist Deutschland, wie das Ergebnis einer Studie zeigt, die Firmenteuergründungen in insgesamt 29 Ländern untersucht hat. Vor Deutschland, das Platz 22 belegt, liegen Ungarn, Indien und Polen. Grund: fehlender Mut zum Unternehmertum.

**RISIKOKAPITAL** beflügelt junge Unternehmen – bei Umsatz und Beschäftigung, bei Eigenkapitalquote und Exporterfolg. Trotz des derzeit ungünstigen Börsenumfelds trägt nach einer Studie des Beratungsunternehmens PriceWaterhouseCoopers Venture Capital entscheidend zur Entwicklung innovativer Unternehmen bei.

**NICHT KRÄNKER** als andere Frauen sind nach einer Studie der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) berufstätige Frauen mit Kindern. Neun von zehn erwerbstätigen Müttern empfinden ihren Beruf als Bereicherung. Rund die Hälfte von ihnen wünscht verlängerte Öffnungszeiten von Kindergärten und anderen Betreuungseinrichtungen.

**EINEN KLAREN SIEG** bei den Parlamentswahlen in Dänemark hat die konservative Opposition errungen. Nach neun Jahren verdrängt sie die bisher regierende Mitte-Links-Koalition von der Macht. Nach dem offiziellen Endergebnis verfügt das von Anders Fogh Rasmussen angeführte Lager über 98 Mandate. Die alte Koalition kam auf nur noch 77 Sitze im Parlament. **UD**

# Mehr Sicherheit für die Bürger durch konsequenten Strafvollzug in Hessen

„Chaos und Konzeptlosigkeit sind durch eine konsequente Vollzugspolitik ersetzt worden, was für jeden Bürger unseres Landes deutlich sichtbar ist. Mit dem Wechsel der Verantwortung war und ist insbesondere eine Neuorientierung des Strafvollzugs in Hessen verbunden,“ erklärte der hessische Justizminister im Hessischen Landtag in einer Regierungserklärung.

„Unsere Politik hat gegriffen: Wenn 'Focus' zur Halbzeit der Legislaturperiode im April den Vorsitzenden des Verbandes der Strafvollzugsbediensteten, Herrn Hessler, mit den Worten zitiert: 'Vorsichtiger geworden sind die Häftlinge in Hessen. Hinter den Gefängnismauern ist Ruhe eingekehrt'.“

Im Justizvollzug habe es bei Übernahme der Verantwortung durch die neue Landesregierung unhaltbare Zustände gegeben. Wagner nannte als Beispiel die großzügigen Hafterleichterungen bei offenem Vollzug, Freigang und Hafturlaub. Spektakuläre Fälle wie



ein Bankraub von zwei Hafturlaubern zur „Ordnung der finanziellen Verhältnisse“, Panzerknackerbanden, die aus dem offenen Vollzug heraus handelten oder eine Party mit Bauchtänzerinnen in einer Justizvollzugsanstalt seien an der Tagesordnung gewesen. Bayerische Straftäter hätten sogar ihren Wohnsitz nach Hessen verlegt, um in den Genuss des hessischen Strafvollzugs zu kommen.

Mit Antritt der Regierung Koch sei ein Politikwechsel im Strafvollzug erfolgt. Wagner wörtlich: „Wir haben die Sicherheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt. Der Strafvollzug hat zunächst dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung vor Kriminellen geschützt wird. Die Wiedereingliederung von Straftä-

tern ist das zweite wichtige Vollzugsziel. Das heißt ganz konkret: Im Zweifel geben wir der Sicherheit des Bürgers Vorrang.“

■ Gravierende Mängel habe die frühere hessische Vollzugspraxis gerade in einem Kernbereich der Sicherheit aufgewiesen. Durch die frühzeitige Einführung einer Checkliste sei jetzt dafür gesorgt, dass die Erstgewährung von Vollzugslockerungen und von Urlaub aus der Haft gewissenhaft und sorgfältig geprüft werde, um den berechtigten Sicherheitsbelangen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

■ In Hessen werde der Missbrauch von Drogen und anderen Betäubungsmitteln in den Justizvollzugsanstalten noch stärker bekämpft. Kein Drogenkonsument könne in Hessens Gefängnissen mehr vor Entdeckung sicher sein. Im Haushalt 2001 würden dafür 1 Mio. DM zur Verfügung gestellt, nächstes Jahr seien es sogar 1,3 Mio. DM.

■ In regelmäßigen Abständen würden ohne Vorwarnung die Anstalten nach verbotenen Gegenständen wie Waffen, Drogen, Handys

## Wir gewinnen Wahlen

**Aus der Rede des Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg auf dem 44. Landesparteitag am 9. November im Europark Rust:**

Die CDU Baden-Württemberg hat gezeigt, wie die Union Wahlen gewinnen kann, nämlich als große Volkspartei der Mitte.

Die Wahlanalyse von dimap bringt es auf den Punkt: Wirtschaftskompetenz und soziale Gerechtigkeit haben die Wahl entschieden. Beides wird in Baden-Württemberg mit der CDU verbunden.

„In Baden-Württemberg ist die CDU die Partei der einfachen Leute.“ Über 48 % der Arbeiter (!) haben

uns gewählt, 16 % mehr als die SPD, die sich fälschlicherweise als Arbeiterpartei bezeichnet.

■ **Und ein Zweites** hat mich besonders gefreut: Nicht nur bei den Wählerinnen und Wählern der älteren Generation, sondern auch unter den Jungwählern (den 18- bis 24-Jährigen) waren wir mit Abstand die stärkste Partei. Dies zeigt: Die CDU Baden-Württemberg ist eine Partei, die die Generationen verbindet und die von allen Generationen getragen wird. So und nur so kann die CDU auch die nächste Bundestagswahl gewinnen.

**Der neue Landesvorstand** ■ Landesvorsitzender: Erwin Teufel (347) ■ Stellvertretende Landesvorsitzende: Dietmut Theato (269), Matthias Wissmann (272) ■ Generalsekretär: Volker Kauder (291) ■ Schatzmeister: Heinrich Haasis (345) ■ Weitere Präsidiumsmitglieder: Edith Grupp, Andreas Renner ■ Beisitzer: Manfred Rommel, Gudrun Heute-Bluhm, Annette Schavan, Gerhard Stratthaus, Annette Widmann-Mauz, Ingrid Blank, Monica Wüllner, Peter Frankenburg, Stefan Mappus, Andreas Jung, Christine Arlt-Palmer, Sven Joachim Otto, Helmut Rau, Inge Gräßle, Elisabeth Jeggle, Winfried Mack, Inge Oberle, Waldemar Westermayer, Heinz Seiffert, Gerd Mayer-Vorfelder, Klaus Bregger, Dirk Notheis, Ursula Kuri, Friedrich Kolesch, Peter Weiß

und Geld durchsucht. Während in den letzten 2 1/2 Jahren 12-mal hessische Gefängnisse „auf den Kopf gestellt“ worden seien, habe es in den 8 Jahren von 1991 – 1999 ganze fünf Aktionen gegeben.

■ In einem weiteren zentralen Bereich der individuellen Vollzugskonzeption, nämlich der Vollzugsplanung, waren nach der Amtsübernahme erschreckende Zustände festzustellen. In 80% (!) der Fälle habe entgegen den klaren gesetzlichen Vorgaben keine oder nur eine gänzlich ungenügende Vollzugsplanung bestanden.

■ Nach der Amtsübernahme hat Justizminister Christean Wagner Maßnahmen ergriffen, um die Situation der Bediensteten in den Anstalten spürbar und nachhaltig zu verbessern. Entgegen der allgemeinen Entwicklungen seien hier in den beiden letzten Jahren noch zusätzliche Stellen geschaffen worden.

■ Die von der Vorgängerregierung geschaffene drückende Überbelegungssituation habe deutlich reduziert werden können. In den letzten 2 1/2 Jahren seien mehr Haftplätze des geschlossenen Vollzugs geschaffen worden als von der Vorgängerregierung in 8 Jahren.

# Das **Heimatrecht** der Vertriebenen nicht durch Übergangsregelungen beschädigen

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU/CSU, wurde der langjährige Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer (Salzgitter) mit überwältigender Mehrheit erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt.



Fotos: Laurence Chaperon

Die Parteivorsitzende Angela Merkel dankte den anwesenden Delegierten für das große Engagement und ihre Arbeit als Bindeglied und Interessenvertretung für die Vertriebenen. Heimat, Menschenrechte und Vertreibung seien zentrale Themen, die an Aktualität nicht eingebüßt hätten. Die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges sei nicht das einzige Vertreibungsunrecht, aber das mit dem größten Ausmaß gewesen. Deshalb könnten die deutschen Heimatvertriebenen zu Recht erwarten, „dass wir uns der Vertreibungsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen erinnern“.

Eine gemeinsame Zukunft in Europa braucht Erinnerung, auch die Erinne-

rung an Vertreibungen. Aus diesem Grund unterstütze die CDU die Forderung der OMV, den 5. August als Tag der Proklamation der Charta der Vertriebenen, zum nationalen Gedenktag zu erheben. „Denn das Schicksal der Heimatvertriebenen ist Teil der gesamtdeutschen Geschichte und Teil des gesamtdeutschen Schicksals“, erklärte Merkel.

## „Zentrum gegen Vertreibungen“

„CDU und CSU treten deshalb entschieden dafür ein, in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten. Das Zentrum soll nicht nur als zentrale Ge-

denk- und Forschungsstätte dienen, sondern auch als ständige Mahnung, Vertreibungen und Verletzungen der Menschenwürde in Europa und auf der ganzen Welt zu ächten. Es wäre ein längst überfälliges Forum für eine bundesweite und europäische Debatte über Vertreibung, Nationalismus und Fremdenhass.“

Heftig kritisierte die Parteivorsitzende die Kulturpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Unter dieser Regierung seien die Fördermittel für Kulturarbeit stark zusammengestrichen worden. Bewährte Einrichtungen der Vertriebenen-Kulturarbeit wie etwa der Ostdeutsche Kulturrat, die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

und das Kulturwerk Schlesiens seien aus der Förderung herausgefallen. „Das ist schon deshalb fatal, weil gerade in der Kulturförderung eine besondere Chance zur Aussöhnung und Verständigung zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn liegt“, machte Merkel deutlich.

### Schwierige Fragen gemeinsam lösen

Voraussetzung für gute Nachbarschaft sei auch, sich schwierigen Fragen zu stellen, um sie gemeinsam mit den Nachbarn zu lösen. Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit seien ein wichtiger Schritt hin zur Verwirklichung des Heimatrechts auch der deutschen Vertriebenen. Schröder habe bereits klargestellt, dass man etwa die Beziehungen zur Tschechischen Republik nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden Fragen belasten wolle.

„Eine so als historisch gesehene Schlussstrich-Erklärung ist ein harter Schlag für die Millionen deutschen Landsleute, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden“, sagte Merkel. Deshalb sei es wichtig, „dass wir

in der Union, angetrieben von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, immer wieder darauf Acht geben, dass die Interessen der deutschen Heimatvertriebenen auf der Agenda der Regierungspolitik bleiben.“

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Glos, betonte die wichtige Klammerfunktion der OMV zwischen den beiden Unionsparteien und den Vertriebenenorganisationen. Die Arbeit der OMV als politisches Sprachrohr der Heimatvertriebenen sei unver-



zichtbar. Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Ost-Erweiterung der EU sei die Arbeit der OMV besonders notwendig, um die kulturelle Identität der Vertriebenen im europäischen Integrationsprozess zu bewahren.

Glos hob hervor, daß die Heimatvertriebenen nie an Aufrechnung und nie nur an sich selbst gedacht hätten,

sondern immer auch an alle Verfolgten und Vertriebenen. Mit dieser Grundhaltung hätten sie einen großen Beitrag zur Überwindung der Spaltung Europas geleistet und seien Brückenbauer für ein geeintes Europa. Glos mahnte, die Dekrete in den Beitrittsländern, die Enteignung und Vertreibung ermöglichten, aufzuheben. Diese verstießen weiterhin gegen das Völkerrecht und könnten niemals von den Mitgliedsstaaten der EU akzeptiert werden.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk, warf der Bundesregierung vor, die deutschen Heimatvertriebenen und die Aussiedler an den gesellschaftlichen Rand zu drängen. Die offenen Fragen der Vertriebenen seien aber weiter von drängender Aktualität.

### Rot-Grün 2002 ablösen

Dies sei auch durch den gesetzlichen Auftrag aus § 96 BVFG festgeschrieben. Das Handeln der rot-grünen Bundesregierung zeige

aber, daß sie nicht bereit seien, den Gesetzauftrag tatsächlich ernst zu nehmen und in seinem gesamten Umfang auszuführen. Die einzige Antwort auf diese Handeln sei die Ablösung der Bundesregierung und ihrer vertriebenenfeindlichen Politik bei der Bundestagswahl 2002.

Der Beauftragte des Landes Hessen für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, MdL, berichtete über die Erfolge bei der Aussiedlerintegration im Land Hessen. So würden im laufenden Jahr 88 Prozent mehr Sprachkurse für Kinder ausländischer Eltern und Kindern von Spätaussiedlern angeboten. Ausreichende Sprachkenntnisse seien ungemein wichtig für die Integration und zwingende Voraussetzung für eine größere Akzeptanz.

### Eva-Maria Kors: Schilys Vorschlag unausgegoren

Die Aussiedlerbeauftragte der CDU, Eva-Maria Kors, erklärte, dass der von Bundesinnenminister Schily vorgelegte Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Zuwanderung im Bereich der Spätaussiedlerfragen realitätsfern und nicht zu ver-

**Die Wahlen:** ■ Bundesvorsitzender: Helmut Sauer (Salzgitter) ■ Stellvertretende Vorsitzende: Rüdiger Goldmann (NRW), Dietrich Hoth (Hamburg), Werner Hubrich (Sachsen), Kurt Josef Rossmann (Bayern), Erika Steinbach (Hessen) ■ Beisitzer im Bundesvorstand: Wolfgang Eh-

lers (Meck.-Pom.), Herbert Gorzel (Hessen), Gabriele Nitsche (Berlin), Franz Pany (Bayern), Michael Pietsch (Rheinland-Pfalz), Egon Primas (Thüringen), Maria-Elisabeth Schiebuhr (NRW) Karl Walter Ziegler (Ba.-Wü.) ■ Schatzmeister: Heinz Greifenhain (Niedersachsen)

antworten sei. Der Vorschlag sei unausgegoren und in seiner Wirkung familienfeindlich. Hier würde Familientrennung und nicht Familienzusammenführung betrieben.

Helmut Sauer (Salzgitter) forderte von der Bundesregierung endlich einen fairen Dialog mit den Vertriebenenverbänden. Die Förderung der Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen sei ein drängendes Erfordernis. Die kulturellen Leistungen der Ost- und Mitteldeutschen sowie der Landsleute in Ost- und Mitteleuropa dürften nicht vergessen werden. Dies käme einer erneuten Vertreibung, einer geistig-kulturellen Vertreibung gleich.

Sauer, der dem CDU-Bundesvorstand angehört, forderte die Mittel- und Osteuropäischen Staaten auf,

endlich die Unrechts- und Vertreibungsdekrete aufzuheben. Die EU sei eine Rechts- und Wertegemeinschaft, diesem Umstand müßten die Staaten, die Mitglied werden wollen, Rechnung tragen. Zudem forderte Sauer, dass im Zuge der EU-Osterweiterung, Vertriebene von Übergangsregelungen ausgenommen werden müssten. Das Heimatrecht dürfe nicht weiter beschädigt und in Frage gestellt werden. Das eine Vertriebenunrecht sei schon genug gewesen.

### PERSONALIE

Der Landesverband Hamburg hat einen neuen Landesgeschäftsführer: den 32jährigen Rechtsanwalt Christoph Ahlhaus aus Heidelberg.

MARIA BÖHMER:

# Neue Weichenstellung für Frauen in der Wirtschaft

Anlässlich der Anhörung „Frauen in der Wirtschaft“ des Bundesfachausschusses Frauenpolitik erklärte deren Vorsitzende:



Die rot-grüne Bundesregierung hatte sich die Frauenerförderung auf ihre Fahnen geschrieben. Das Kernstück sollte ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft sein. Dieses Vorhaben ist gescheitert. Enttäuscht wurden alle Frauenverbände, denen ein effektives Gleichstellungsgesetz in der Wirtschaft versprochen wurde.

Gleichzeitig hat die rot-grüne Bundesregierung alle Chancen verspielt, in intensiven Gesprächen mit der Wirtschaft Maßnahmen zu entwickeln, die die Gleichstellung in der Privatwirtschaft voranbringen. Die Union hatte stets gefordert, den unbestritten notwendigen Fortschritt für Gleichstellung und Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft nicht mit der Brechstange bürokratischer Vorschriften zwangsweise zu verordnen, sondern verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, die in der Wirtschaft, bei Kammern,

Verbänden und Gewerkschaften vorhandenen Kompetenzen auf diesem Gebiet zu stärken und auszubauen.

Zahlreiche Unternehmen haben bereits erkannt, dass die Förderung der Chancengleichheit den Unternehmen handfeste Vorteile bringt. In einigen Unternehmen und Betrieben sind beachtliche Bemühungen festzustellen: Neue Arbeitsformen wie Telearbeit, Jahreszeitkonten oder Lebensarbeitszeitkonten, die Verbesserung der Chancen von Frauen in Führungspositionen, die betriebseigene Kindertagesstätte, verbesserte Möglichkeiten des Wiedereinstiegs und unkonventionelle Ideen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören dazu.

Wir müssen mehr Betriebe davon überzeugen, dass ökonomischer Erfolg

und sozialverträgliche betriebliche Bedingungen, zu denen auch die Chancengleichheit von Frauen und Männern gehört, sich nicht ausschließen. Die Politik muss aber auch Anreize schaffen, damit sich bewährte Modelle und Ideen der Betriebe und Unternehmen durchsetzen.

Kern einer zukunftsorientierten Frauenpolitik muss in erster Linie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen und Familien sein. Diesem Ziel wird das Programm der CDU/CSU „**Faire Politik für Familien**“ gerecht.

Wir wollen familiengerechte Jobs anstelle jobgerechter Familien. Die Arbeitswelt muss in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen so gestaltet werden, dass Familie besser gelebt werden kann. Dazu werden wir im Rahmen einer Offensive einen breiten Dialog mit der Wirtschaft beginnen, von dem die Unternehmen und ihre Beschäftigten profitieren.

[http://](http://www.cdu.de)

Voller Wortlaut der Erklärung: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)



## „SHELTER NOW“

### Verhülltes Kreuz

Könnte es sein, dass Huntingtons These vom Zusammenprall der Kulturen im Westen auch deshalb so erschrocken verworfen wird, weil man sich geistig nicht gerüstet fühlt? Warum nur zuckten im Westen so viele bei dem Gedanken zusammen, die mit dem Leben davongekommenen Afghanistan-Entwicklungshelfer von „Shelter Now“ könnten tatsächlich christlich missioniert haben? Wenn es ein Land gibt, das einer geistig-religiösen Umkehr bedarf, dann ist es das Afghanistan der muslimischen Gotteskrieger, der Christen- und Frauenverächter. Das Christentum will und darf sich niemandem aufdrängen. Aber es müsste sich mehr dazu aufgerufen fühlen, selbstbewusst zu werben, ja zu kämpfen für seine Idee vom Menschen und dessen unveräußerliche Rechte. Stattdessen ist eine westlich-christliche Toleranz zu beob-

achten, bei der das Kreuz in die weiße Fahne gehüllt zu sein scheint. Rheinische Post

## „ABWEICHLER“

### Eine Stigma

Sprache kann verräterisch sein. Wenn führende SPD-Politiker von „Abweichlern“ sprechen und damit die in den eigenen Reihen meinen, die ihr Gewissen über die Fraktions- und Parteiloyalität stellen, dann ist das so ein Fall. „Abweichler“ – das ist ein Begriff, der stigmatisiert. Ein anderes Wort für Abweichler ist Dissident. So wurden im Ostblock die genannt, die von der Parteilinie abweichen. Sie wurden verfolgt, diffamiert, ausgeschlossen. Sprache ist wirklich verräterisch – und sie verrät in diesem Fall auch vieles über das dahinter stehende Demokratieverständnis. Es ist das Demokratieverständnis der in den sechziger Jahren politisch sozialisierten Jusos, die die Geschäftsordnung genau so als Mittel von Machtpolitik instrumentali-

sierten wie Gerhard Schröder die Vertrauensabstimmung: legal, aber nicht legitim.

Stuttgarter Zeitung

## TERRORISMUS

### Sicherheitsarchitektur noch zeitgemäß?

Aus der täglichen Ermittlungspraxis wissen die Beamten des BKA nur zu gut, dass allzu oft Kollegen aus mehreren Behörden gegen ein und dieselbe Tätergruppe ermitteln – ohne voneinander zu wissen. BKA-Präsident Ulrich Kersten fordert „breitere Brücken zwischen den Informationsinseln“. Doch damit ist es nicht getan: Problematisch ist, dass es zu viele dieser „Inseln“ in Deutschland gibt. Allein auf Bundesebene überschneiden sich die Aufgaben von BKA, Bundesgrenzschutz und Zollkriminalamt. Hinzu kommen die Verfassungsschutzbehörden und Polizeien aus 16 Ländern. Die neue Sicherheitslage seit dem 11. September sollte Anlass dazu geben,

Gründungsjahr 1920

darüber nachzudenken, ob unsere Sicherheitsarchitektur noch zeitgemäß ist.

Berliner Morgenpost

## ÖLPREIS

### Keine Panik

Öl ist der Schmierstoff der Weltwirtschaft. Ist es zu teuer, würgt es die Konjunktur ab, ist es zu billig, wird es verschwendet. Seit dem 11. September sank der Ölpreis um fast ein Drittel. Denn eine schwächelnde Wirtschaft verbraucht weniger Energie, der gesunkene Flugverkehr weniger Kerosin. Dass die Ölscheichs versuchen, die Hähne zu drosseln, damit der niedrige Ölpreis wieder etwas steigt, ist zu verstehen. Im Gegensatz zu den siebziger Jahren, als sie das Öl als Waffe gegen den Westen benutzten, denken sie heute anders. Sie wollen auskömmliche Preise und zugleich eine stabile Weltkonjunktur. Sie dient der Wirtschaft wie dem Frieden. Also keine Panik: Der Rohstoff Öl ist nicht gefährdet.

Berliner Zeitung

## GASTSTÄTTEN

### Keine Revolution

Ein Prosit auf den Bundestag, der jetzt beschlossen hat, dass Gaststätten zumindest ein alkoholfreies Getränk mindestens ebenso günstig anbieten müssen wie den billigsten alkoholischen Drink. Auch wenn die Gastronomie schwer schlucken mag, ist ein jahreslanges Ärgernis endlich beseitigt. Mit Wasser und Cola machen die Wirte in der Regel erheblich mehr Profit als mit Bier und Korn. Dennoch: Es wird wohl kaum eine Revolution in deutschen Kneipen geben. Wer glaubt, dass der Bundestagsbeschluss den Alkoholkonsum von Jugendlichen eindämmt, muss sich fragen lassen, ob er nicht zu viel erwartet. Die Auswirkungen drohen ähnlich zu verpuffen wie die Warnhinweise auf Zigarettenschachteln. Kein Raucher hat sich jemals von den „EG-Gesundheitsministern“ davon überzeugen lassen, dass er besser aufhören sollte. Und

dass ein Jugendlichen das Bier verschmähen wird, weil der Karottensaft nicht mehr teuer ist, bleibt zu hoffen, aber offen.

Neue Osnabrücker Zeitung

## MEHMET

### Unverständlich

Serienstraftäter „Mehmet“ darf aus der Türkei nach Bayern zurück kommen, weil es keine konkreten Hinweise darauf gibt, dass er die öffentliche Ordnung erneut stören wird. Das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ist aus jenem Stoff, der die Polizei zur Weißglut bringt: Waren die Stationen der kriminellen Karriere des Jungen nicht Hinweise genug? Was den Richterspruch so unverständlich macht, ist der Umstand, dass er aus Formaljuristerei und an grünen Tischen entworfenen EU-Bestimmungen gestrickt ist. Zudem lässt es die Philosophie des grenzenlosen Erbarmens mit den Tätern wieder aufleben. Allgemeine Zeitung



**CDU-Geschenk-  
papierrolle**

75 cm x 10 m  
1 Rolle: 14,90 DM/  
7,62 €

**blau**

Best.-Nr.: **0302**

**rot**

Best.-Nr.: **0303**

**CDU-Geschenkband**

10 mm x 25 m  
Best.-Nr.: **0306**  
1 Rolle: 11,90 DM/  
6,08 €



**Kerzenstumpen**

**„100% ÖK.O.-Steuer-frei**

24 Expl.: 48,00 DM /  
24,54 €

Best.-Nr.: **9700**



**Sektflaschentasche**

25 Expl.: 27,50 DM/  
14,06 €

**blau**

Best.-Nr.: **0304**

**rot**

Best.-Nr.: **0305**



**Siegelmarke „CDU“**

ovale Silberfolie 34 x 25 mm  
Best.-Nr.: **0307**  
Rolle à 100 Expl.: 7,50 DM/  
3,83 €

**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Vermold  
Telefax 05241-804 1892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

*Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen*



**CDU-Eiskratzer**

Best.-Nr.: **9890**  
 100 Expl.: 89,00 DM/  
 45,50 €

**Papiertaschentücher**

Best.-Nr.: **9637**  
 126 Expl.: 45,00 DM/  
 23,01 €



**Schal,  
 schwarz-rot-gold**

Best.-Nr.: **9362**  
 1 Expl.: 9,45 DM/  
 4,83 €

**Ausstechformen-Set für  
 CDU-Gebäck**



Best.-Nr.: **9109**  
 10 Sts: 17,00 DM/  
 8,69 €





Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



### Weihnachts-CD

Best.-Nr.: **9300**  
1 Expl.: 7,00 DM/  
3,58 €



### Weihnachtsliederbuch

Best.-Nr.: **2867**  
25 Expl.: 24,75 DM/  
12,65 €

**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
- IS-Versandzentrum -  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen